

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preisen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

N. 574.

1868.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Siebzehnte Sitzung vom 5. Dezember.

(Schluß.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die gestern abgebrochene Vorberathung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Ausgaben. Zu Tit. 1 (Besoldungen) beantragen die Kommissare des Hauses statt 102,050 Thlr. nur 100,650 Thlr. zu bewilligen, weil das Bedürfnis der Anstellung eines zweiten Direktors im Ministerium des Innern nicht ausreichend gerechtfertigt erscheine. — Der Minister des Innern Graf Eulenburg erklärt, daß er mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staats die Forderung der Regierung zurückziehe, wodurch der Antrag der Kommissare erledigt ist.

Zu Tit. 5, statistisches Bureau, beantragt Abg. Schmidt (Stettin) „im nächsten Etat die Kosten für das statistische Seminar in persönlichen und sachlichen Ausgaben getrennt ersichtlich zu machen; 2) einen Nachweis über die Frequenz des Seminars, unter Angabe der Kategorien, welche es besuchten, beizufügen; 3) zu veranlassen, daß die Sitzungsprotokolle der wieder ins Leben gerufenen statistischen Central-Kommission regelmäßig veröffentlicht werden, damit auch hierdurch ein größeres Interesse und ein besseres Verständnis für statistische Arbeiten bei den Behörden, wie beim Publikum erzielt werde.“

Der Neg.-Kommissar Graf zu Eulenburg erklärt, daß den Resolutionen Rechnung getragen würde, und daß die Verhandlungen wegen Reorganisation der statistischen Central-Kommission noch schwanken, weshalb er nicht in der Lage sei, Mittheilung darüber zu machen.

Abg. Dr. Ebert macht auf die Wichtigkeit der Statistik für die Rechtspflege und das Gefängniswesen aufmerksam.

Abg. Dr. Becker (Dortmund) führt aus, daß geringe Interesse an der Statistik darin seinen Grund habe, daß dem Volke der Staatshaushaltsetat und die Rechnungen nicht zugänglich seien. Über den Staatshaushaltsetat herrsehe im Volle eine erschrecklich große Unwissenheit und die Bemühungen gebildeter Männer, sich Kenntnis über den Etat zu verschaffen, seien gescheitert an der Unmöglichkeit, die Drucksachen zu erhalten. Würde die Regierung den Etat dem Buchhandel zugänglich machen, so würde dadurch in kurzer Zeit das Interesse an der Statistik erhöht werden.

Abg. Dr. Engel erklärt sich unter großer Unruhe des Hauses gegen die Anträge des Abg. Schmidt. Er wünscht ebenfalls größere Mittel für die Statistik, hofft aber, daß die Regierung dieselben aus eigenem Antriebe gewähren werde. — Abg. Schmidt (Stettin) zieht seinen Antrag zurück.

Zu Tit. 10 und 11 der Ausgaben (landrätliche Behörden und Amt) beantragen die Kommissare des Hauses die Absetzung der für die Umwandlung des Oberamts Meisenheim in ein eigenes Landratsamt gemachten Mehrforderungen, da der Umfang und die Bevölkerungszahl des Oberamts Meisenheim zu gering für die Bildung eines eigenen Landratsamtes seien.

Der Neg.-Kommi. Geh. Regierungsrath v. Wolff beläßt diesen Antrag. Es komme nicht auf den Umfang und die Bevölkerungszahl, sondern auf die Leistungsfähigkeit eines Kreises an, und in dieser Beziehung stehe das Oberamt Meisenheim hinter anderen Kreisen nicht zurück. Die Staatsregierung hätte geglaubt, unbillig zu handeln, wenn sie den Wünschen der Bevölkerung nicht nachkäme, da dieselbe den neuen Verhältnissen mit Willigkeit und großem Vertrauen entgegengekommen sei.

Abg. v. Briesen schildert die Verhältnisse des Oberamts Meisenheim und bittet dringend um Genehmigung des Regierungsvorschlags, damit die patriotischen Gefühle der Bevölkerung nicht verletzt würden.

Zu dem Tit. 11 und 12 selbst empfiehlt Abg. Dr. Liebel die Aufbesserung der Gehälter der polnischen Translateure und der Regierungs-Kommissar v. Wolff sagt dies zu, wo das Bedürfnis sich herausstelle.

Abg. v. Saucken (Gerdauen) rügt das Verfahren der Regierung bei der Ernennung von Landräthen, für den Fall, daß die von den Kreisständen präsentierten Kandidaten die Bestätigung nicht erhalten. Es werde dann ein Landrat ernannt, der den Kreisen unbekannt ist. Es werde dadurch das Wahlrecht der Kreisvertretungen illusorisch gemacht.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Der Vorredner verwechselt das Bestätigungsrecht bei städtischen Wahlen mit dem Ernennungsrecht des Königs. Mich darüber interpellieren zu lassen, wie der König dieses Amt ausübt, glaube ich, habe ich nicht nötig und werde auf solche Interpellation nicht antworten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff wünscht Gleichmäßigkeit der Praxis in Betreff des Examens der gewählten und der ernannten Landräthe. Erstere müßten ein Examen ablegen, letztere, nachdem sie ein Landratsamt eine Zeit lang kommissarisch verwaltet, in der Regel nicht.

Minister des Innern: Bevor die definitive

Ernennung der Landräthe erfolgt, muß die Regierung sich Kenntnis und Überzeugung von der Qualifikation des Kandidaten verschaffen. — Abg. zur Megede wünscht, daß bei Aufbesserung der Gehälter der Landräthe nach der Anciennität verfahren werde.

Minister des Innern: Bei den Gehaltserhöhungen für die Landräthe wird nach den vom Hause im vorigen Jahr beschlossenen Grundlagen verfahren. — Abg. v. Saucken (Gerdauen): Nicht ich, sondern der Herr Minister befindet sich im Irrthume. Der König hat sich des Ernennungsrechtes begeben, da er sich die Kandidaten präsentieren läßt. Im Übrigen habe ich geglaubt, daß ein konstitutioneller Minister den König deckt, aber nicht seine Person durch den König. (Beifall.)

Minister des Innern: Der König läßt sich allerdings drei Kandidaten präsentieren und übt danach das unbeschränkte Ernennungsrecht aus. Ich halte es aber immer für sehr mißlich, wenn Ernennungen, die Se. Majestät der König vollzieht, hier in der Kammer einer Kritik unterworfen werden.

Die Diskussion wird geschlossen. Bei der Abstimmung wird der Antrag der Kommissarien abgelehnt, die Forderung der Regierung bewilligt.

Tit. 12. Regierungen (Landdrosteien) in der Provinz Hannover. Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1) Die Kommissare des Hauses (v. Bennigsen und Gen.) beantragen: Nur eine Regierung für Hannover (mit Kompetenz der bisherigen Landdrosteien in der Provinz Hannover) und dafür 60,225 Thlr. (statt 93,225 Thlr.) zu bewilligen.

2) Abg. v. Bockum-Dolffs die Bewilligung eines Pauschquantums für sechs Landdrosteien in der Provinz Hannover mit 118,750 Thlr.

3) Abg. Lauenstein will den Tit. 12 a-d in folgender Gestalt feststellen: „Regierungen in der Provinz Hannover (mit der Kompetenz der bisherigen Landdrosteien).“

4) Abg. Dr. Glaser und Großheide beantragen für sechs Landdrosteien in der Provinz Hannover 118,750 Thlr. definitiv zu bewilligen.

5) Abg. Dr. Birchow beantragt die Bewilligung eines Pauschquantums von 93,000 Thlr. mit der beigefügten Bemerkung: „Es dürfen jedoch mit dieser Summe keine definitiven Organisationen, insbesondere keine definitiven Anstellungen von Beamten bewirkt werden.“

Abg. Windhorst (Meppen) beantragt, aus der allgemeinen Diskussion die Frage wegen der Schulverwaltung auszuschließen und die Berathung bei dem Etat des Kultus-Ministeriums einzutreten zu lassen. — Der Präsident erachtet dies für unmöglich.

Abg. Graf Westarp: Wollen Sie wieder ein Provisorium bewilligen, dann müssen Sie auch für die alten Provinzen ein solches Provisorium herstellen. Sie würden aber mit der Feststellung des Provisoriums einen politischen Fehler begehen, denn Sie würden das Selbstentzum in der Provinz Hannover dadurch befürden. Lassen Sie alle Pression bei Seite und vermeiden Sie jede Parteitafel. — Eine Regierung für die Provinz Hannover halte ich für völlig unmöglich.

Der Nachbar im Westen schläft nicht, die Ereignisse des Jahres 1866 sind noch nicht vergessen und in solchen Zeiten sollen wir in einer neu eroberten Provinz eine Einrichtung treffen, weder preußisch noch hannoversch. Ein politischer Fehler, einmal begangen, ist nicht wieder gut zu machen. Ich empfehle den Antrag des Abg. Dr. Glaser.

Die Abg. Lasker und v. Bennigsen weisen darauf hin, daß die Regierung zwar dem Hause eine Druckschrift überreicht, dabei aber zugesagt habe, die nothwendigen Erläuterungen bei der Berathung zu geben. Es wäre erfreulicher, wenn diese Erläuterungen gegeben würden, bevor die Diskussion weiter gehe.

Minister des Innern: Wenn erst ein oder zwei Redner gegen die Forderung der Regierung gesprochen, würde dieselbe in der Lage sein, die zugesagten Erläuterungen zu geben.

Abg. Graf v. Winzingerode: Ich will nicht auf die allgemeine Diskussion zurückgreifen, aber ich will sie dennoch an dieselbe erinnern. Wollen wir jetzt die Forderung der Regierung bewilligen, so würden wir die Gelegenheit verjäumen, etwas von dem, was wir wollen, zu erreichen. Eine, dem wirklichen Bedürfnis entsprechende Verwaltung erhalten wir nur, wenn wir nur eine Regierung herstellen. Deshalb empfehle ich den Antrag der Kommissare, event. aber die Verlängerung des Provisoriums.

Abg. Lauenstein: Hätte man in Hannover geahnt, daß die Abgeordneten für Hannover so abweichende Anträge von dem Gutachten des Provinzial-Landtages stellen würden, so würden schon eine Menge von Petitionen gegen eine Regierung hier eingelaufen sein. Ich muß mich mit großer Entschiedenheit gegen eine Regierung und gegen jedes Provisorium erklären. Ich lege Gewicht darauf, daß für eine neue Provinz, wo die Bevölkerung den neuen Verhältnissen noch unverhohlen gegenübersteht, das Provisorium das Nachtheiligste ist,

was beschlossen werden kann. (Sehr wahr!) Während der Diktatur-Periode ist den Landdrosteien Manches von ihrer Kompetenz durch Königl. Verordnung genommen, aber diese Verordnungen waren während der Diktaturperiode Gesetz. Ich wünsche über allen Zweifel klar zu stellen, daß es sich nicht um eine neue Organisation handelt und deshalb habe ich meinen Antrag gestellt: In Hannover ist eine so große Zahl von Lokalbehörden, mit welchen die Regierung verhandeln soll, 100 Aemter, die Polizei-Direktionen, Wasser- und Bergbau-Inspektionen etc. Eine einzige Regierung kann mit einer solchen Anzahl von Lokalbehörden nicht kommunizieren. Ich halte dies für ganz unmöglich.

Die Erhaltung der Amterversammlung liegt im Interesse der Provinz und auch des preußischen Staates. Ich bin der Ansicht, daß man bei einer Organisation der preußischen Verwaltung sehr viel Brauchbares aus der Amterversammlung entnehmen kann.

In Hannover liegt der Schwerpunkt der Verwaltung in der unteren Instanz, die aus unmittelbarer persönlicher Anschauung entscheidet. Ich wünsche diese Amterversammlung zu erhalten, weil ich auch die darauf begründete selbständige Städteversammlung erhalten will. Ich bin aber der Ansicht, daß diese Amterversammlung sich auf die Dauer nicht halten würde, wenn Sie heute nur eine Regierung beschließen.

Abg. Lauenstein: Es ist ausgeführt worden, daß man die eine Regierung durch Vermehrung der Kompetenz der Lokalbehörden erheblich entlasten könnte. Aber wir haben für diese Hoffnung keine Gewissheit, es fehlt dafür an jeder thatächlichen Voraussetzung. Ob der ständische Ausschuß das geeignete Organ ist, ohne Verschleppung und ohne erhebliche Vernehrung der Kosten, Kommunal-Angelegenheiten zu entscheiden, lasse ich dahingestellt sein. Ich erkläre mich prinzipiell für den Antrag der Staats-Regierung, weil ich eine ordnungsmäßige Handhabung der Geschäfte mit den vorhandenen Organen für möglich halte. Der Antrag der hannoverschen Abgeordneten ist aus einer gewissen Rivalität hervorgegangen. — (Widerspruch.)

Abg. Dr. Birchow beantragt die Bewilligung eines Pauschquantums von 93,000 Thlr. mit der beigefügten Bemerkung: „Es dürfen jedoch mit dieser Summe keine definitiven Organisationen, insbesondere keine definitiven Anstellungen von Beamten bewirkt werden.“

Abg. Lauenstein: Schaffen Sie der Provinz Hannover definitive Zustände; erhalten Sie derselben Dasjenige, was ihr Höchstes ist, nämlich ihre Amterversammlung und ihre selbständige Städteordnung. (Beifall rechts.)

Minister des Innern: Ich eigne mir Alles das an, was der Herr Vorredner gesagt hat, mit Ausnahme der Stelle, wo er zur Ordnung gewiesen wurde. (Große Heiterkeit.) Derzelbe hat die Vorschläge der Regierung brillant motiviert und hat Anträge gestellt, mit denen die Regierung vollständig übereinstimmt. Es handelt sich darum, einen Fehler gut zu machen, der im vorigen Jahre begangen ist. Das Abgeordnetenhaus ist im vergangenen Jahre auf Betrieb der hannoverschen Abgeordneten auf die Vorschläge der Regierung nicht eingegangen; es wurde dasjenige, was die Regierung definitiv bewilligt zu zulassen wünschte, nur als Provisorium bewilligt. Durch die Wendung, welche die rumänischen Angelegenheiten jetzt genommen haben, ist zwar der Stoff vor der Hand erschöpft, doch ist es der Erfindungsgabe des Herrn v. Beust zuzutrauen, daß er auch da etwas entdeckt, wo andere Leute nichts zu finden wissen. —

Die „Correspondance du Nord-Est“ enthält aus München die Mittheilung, daß das Resultat der von den süddeutschen Regierungen dort abgehaltenen Militär-Konferenzen auf Null zu reduzieren und dieser Ausgang der Konferenzen den Einflüssen Frankreichs und Österreichs zuzuschreiben sei. Frankreich hätte sich gegen die beabsichtigten Stipulationen erklärt, weil damit der Main überschritten würde. Österreich hätte eine ähnliche Erklärung abgegeben und obendrein einen Eigentums- Anteil an den süddeutschen Festungen beansprucht, die ihm nicht zufallen und die die rumänische Regierung kränken müssten. Namentlich ist die Art und Weise auffallend, wie er die für die Ausrichtung der kleinen rumänischen Armee bestimmten Waffenseinführungen ausbeutet, um daraus außerordentliche Rüstungen Rumäniens zu deduzieren.

Abg. Lauenstein: Schafft die Fortdauer der rumänischen Agitation nur deshalb wünscht, damit er fortwährend Depechen schreiben kann, mit denen er den Westmächten in den Ohren liegt. Durch die Wendung, welche die rumänischen Angelegenheiten jetzt genommen haben, ist zwar der Stoff vor der Hand erschöpft, doch ist es der Erfindungsgabe des Herrn v. Beust zuzutrauen, daß er auch da etwas entdeckt, wo andere Leute nichts zu finden wissen. —

Die „Correspondance du Nord-Est“ enthält aus München die Mittheilung, daß das Resultat der von den süddeutschen Regierungen dort abgehaltenen Militär-Konferenzen auf Null zu reduzieren und dieser Ausgang der Konferenzen den Einflüssen Frankreichs und Österreichs zuzuschreiben sei. Frankreich hätte sich gegen die beabsichtigten Stipulationen erklärt, weil damit der Main überschritten würde. Österreich hätte eine ähnliche Erklärung abgegeben und obendrein einen Eigentums- Anteil an den süddeutschen Festungen beansprucht, die die Preußen übergeben würden. Was Frankreich betrifft, so ist die Einmischung desselben in diese süddeutschen Konferenz-Angelegenheit unbegründet. Was Österreich aber anbelangt, so hat es allerdings versucht, ein Eigentums-Recht an den Bundesfestungen geltend zu machen, ist aber in München, Stuttgart und Karlsruhe mit Hinweis auf die früher von der Bundes-Liquidations-Kommission aufgestellten Grundsätze und auf die Bestimmungen des Prager Friedens abgewiesen worden. Uebrigens stellen sich die auf der Münchener Konferenz verabredeten Maßregeln durchaus nicht als „Null“ heraus, sondern sie werden bald in Wirklichkeit treten. —

Graf Bismarck hat heute dem nordamerikanischen Gesandten einen längeren Besuch gemacht. — Der Minister des Innern Graf Eulenburg gibt heute ein parlamentarisches Diner, zu welchem fast alle Fraktionen des Hauses Einladungen erhalten haben. Unter den eingeladenen werden namentlich die Herren v. Borckenbeck, v. Unruh, v. Saucken-Tarpitsch u. s. w. genannt. — Die Worte des Justizministers in der Sitzung vom 1. Dezember: „Ich kann kein Wort auf die Angriffe des Abg. Tweten erwidern, weil ein Eid mich bindet“, sind von den Zeitungen in der mannigfachsten Weise gedeutet worden. Die naheliegendste Erklärung ist jedenfalls die, daß diese Worte auf den ersten Theil der Anschuldigung des Abg. Tweten sich beziehen. Dr. Leonhardt habe als hannoverscher Minister den Sieg Österreichs über Preußen gewünscht und davon auszulegen sind, daß der Justizminister durch einen Eid gebunden sei, über seine damalige Stellung und Haltung im hannoverschen Ministerium, die ja möglicherweise gegen einen Krieg mit Preußen gewesen sein kann, näherte Ausklärung zu geben. Die Opposition sucht diesen Zwischenfall am 1. Dezember übrigens noch fortwährend auszubauen. In der national-liberalen Fraktion sind Beschlüsse über weitere Schritte gefasst wor-

den: man will sich in einer Adresse an den König wenden und den Dispositionsfonds von 400,000 Thlr. streichen. Nachdem man also schon in der betreffenden Sitzung in den allerstärksten Ausdrücken Revanche gegen den Justizminister genommen und sogar den zur Debatte stehenden Posten gestrichen hat, will man nachträglich das in der Vorberathung bereits genehmigte Haupt-Haupt-Extraordinarium der General-Staatskasse streichen. Es ist wohl zu erwarten, daß die besonnenen Theile bedenken werden, daß es sich in diesem Falle nicht mehr blos um eine Revanche gegen den Justizminister, sondern um einen Bruch zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus handeln würde. Sehr bezeichnend für die liberale Opposition sind auch die folgenden Worte der "National-Zeitung": Der Herr Minister wird ja sehen, wie weit er bei dieser Handhabung seiner Waffen auf der parlamentarischen Arena — um nicht zu sagen Tenne — mit seinen Gesetzentwürfen kommen wird. Also gegen diese von der liberalen Partei so gut befundenen und so sehr gepriesenen Gesetzentwürfe soll jetzt des Vorfalls am 1. Dezember wegen auf einmal Opposition gemacht werden. Es beweist dies schlagend, daß die Art und Weise, wie die liberale Partei "ihre Budget-Recht" handelt, vollständig unverträglich ist mit der patriotischen Pflichterfüllung gegen die Regierung und das Land ist. Sie sieht von allen sachlichen Gründen ab und macht nur aus persönlichen Gründen Opposition. Durch diese Worte der "National-Ztg." ist die Taktik der Opposition aufs Stärkste gebrandmarkt worden. — Die in England erbaute Panzer-Fregatte "König Wilhelm" wird nach einer Anordnung des Marine-Departments nicht mehr in diesem Jahre nach Kiel übergeführt werden.

Stuttgart, 5. Dezember. Die Kammer der Standesherren hat als Kandidaten für das Vicepräsidium gewählt die Fürsten Wolfegg, Zeil und Langenburg, und auf den Antrag Nauraths beschlossen, eine Antwort-Adresse auf die Thronrede nicht zu unterlassen. In der Kammer der Abgeordneten kommt die Adressfrage am nächsten Montag zur Berathung.

Ausland. **Wien**, 5. Dezember. Die hiesigen Abendblätter melden bezüglich der von der "Turquie" über den Bruch zwischen der Pforte und Griechenland gebrachten Nachrichten, daß die Schutzmächte eine starke Pression auf die griechische Regierung geübt hätten, diese aber es für unmöglich erklärt habe, die Expeditionen freiwilliger nach Kreta zu verhindern. — Die "Presse" sagt, die von der "Turquie" als bereits vollzogen gemeldeten Maßregeln seien nur in Aussicht gestellt. — Die "Neue freie Presse" berichtet, daß in Kreisen, welche über griechische Verhältnisse gut unterrichtet zu sein pflegen, der Bruch zwischen der Pforte und Griechenland als unvermeidlich betrachtet werde. Die Schutzmächte seien bestrebt, die Fortdauer der Unterstüzung des Aufstandes in Kreta seitens Griechenlands zu hindern.

Wien, 6. Dezember. Die amtliche "Wiener Zeitung" veröffentlicht ein Kaiserliches Handschreiben, durch welches Reichskanzler Frhr. v. Beust aus Anerkennung und zum Beweise des besonderen Wohlwollens des Kaisers in den erblichen Grafenstand der Kaiserlichen Monarchie erhoben wird.

Wien, 6. Dezember. Dem "Telegraphen-Korrespondenzbureau" wird telegraphiert: Konstantinopel, 5. Dezember. Es wird versichert, daß nachdrücklich geltend gemachte diplomatische Einfüsse in Athen, welchen Russland nicht fremd sei, eine gültliche Lösung des schwedenden Konflikts in Aussicht stellen.

— Die Morgenblätter melden übereinstimmend, daß die Schutzmächte Griechenlands übereingekommen sind, die Blokade Kretas effektiv zu machen. Hierdurch sollen die kriegsdrohenden Folgen des griechisch-türkischen Zerwürfnisses zurückgehalten werden. — Das "Tagblatt" sagt: Die im Mitteländischen Meere stationierten Flotten Englands und Frankreichs hätten Befehl erhalten, zum Auslaufen in die griechischen Gewässer bereit zu sein. Vice-Admiral v. Tegethoff bereite ebenfalls eine Zusammensetzung einer österreichischen Eskadre vor. — Die "Neue freie Presse" schreibt: Auf die Notifikation über den Befehl des Ministerwechsel als dem Ausdruck des wahren Willens des Landes und der vertragsmäßigen Stellung desselben durchaus entsprechend, und habe zugleich hervorgehoben, daß man die vertragsmäßig begründete, aber auch begrenzte Selbstständigkeit der Donaufürstenthümer zu jeder Zeit fürchten und fürchten solle.

— Nach dem "Tagblatt" hat das Wehrgebet bereits die Kaiserliche Sanction erhalten.

Pesth, 5. Dezember. In der heutigen Schlusssitzung der Delegationen wurde die Anzeige gemacht, daß von ihnen bewilligte gemeinsame Budget im Betrage von 81 Millionen habe die Kaiserliche Sanction erhalten. Die Regierung dankte den Delegationen für die Bewilligung der Summen, weil dadurch die Erhaltung des allgemeinen Friedens gefördert werde. — Im Unterhause sprach sich Deaf dahin aus, er halte die Annahme eines Mandats als Deputirter mit der Beamtentstellung für unvereinbar.

Pesth, 5. Dezbr. (Schlußsitzung der Reichsrats-Delegation.) Der Reichskanzler teilte mit, daß der Kaiser die Beschlüsse der Delegation sanktionirt habe und sprach sodann im Aufrage des Kaisers die allerhöchste Befriedigung mit den Resultaten der Delegationsberathungen aus. Der Kaiser, erklärte der Reichskanzler, wisse die Bereitwilligkeit zu schätzen, mit welcher die Delegation den dringenden Bedürfnissen des Staates Abhülfe geschafft habe und erkenne mit besonderem Wohlgefallen die aufopfernde Thätigkeit der Delegation an.

Die Voraussetzungen, fuhr alsdann der Reichskanzler fort, welche man an die Delegation gehünft hat, haben sich als berechtigt erwiesen. Zwischen den Mitgliedern beider Delegationen habe sich ein wahrhaft kollegiales und freundliches Verhältniß fundgethan. Durch die Ausführung des Gesetzes, welches bestimmt ist, der Gesammonarchie einen festen Halt zu geben, haben die Delegationen eine neue Friedensbürgschaft gegeben. (Großer Erfolg.) Niemand im Lande oder Auslande wird ernstlich daran denken, daß die Vertreter der beiden Reichsversammlungen und der Delegationen das Wehrgebet angenommen und das Armeebudget in dem verlangten Maße bewilligt haben würden, hätten sie Grund zu glauben gehabt, daß ein Krieg die Absicht der Regierung sei. Die Vertreter gaben dem Ministerium nicht die Waffen in die Hand, damit dasselbe einen Streit suche oder einen angebotenen Streit leicht hin aufnehme. Die Vertreter wollen nur, daß, wenn wir unsere Stimme erheben für die Erhaltung des Friedens und für die Abwehr der Gefahren, welche dem Frieden drohen könnten, diese Stimme nicht ertöne als Hülferuf eines Wehrlosen und Verlassenen, sondern als Mahnruf eines Staates, welcher das Recht hat, gehört zu werden, wenn er von Frieden spricht. Wir werden mit dieser Bedeutung die übernommene Pflicht nicht vergessen.

Brüssel, 5. Dezember. Die Gerüchte über den Rücktritt des Minister-Präsidenten Frère-Orban sind vollständig unbegründet.

Paris, 5. Dezember. Eine Madrider Korrespondenz des "Constitutionnel" meldet eine carlistische Bewegung in Aragon und Catalonien als unmittelbar bevorstehend. Von den am 3. Dezember vorgenommenen Verhaftungen sind nur 16 aufrecht erhalten worden.

Nom, 5. Dezember. Die päpstliche Regierung läßt einen Brief Monti's, den derselbe vor seiner Hinrichtung geschrieben hat, veröffentlichten. Monti erklärt darin, daß er seit 1865 den Carbonaris angehört habe, und bellagt sich über diejenigen, welche, nachdem er ihnen gedient, ihn verrathen und dem Henker überliefert hätten, um ihr eigenes Leben zu retten. Monti drückt in dem Brief seine Reue aus und bittet dies der ganzen Welt durch die Journale zu verkünden, indem er den Segen des Papstes ersucht und ihm die Fürsorge für sein Kind empfiehlt.

Madrid, 5. Dezember. "Impartial" führt aus, daß die Insurrektion in Kuba zu sehr ernsten Bedenken Anlaß gebe und daß Spanien auch nicht die äußersten Opfer scheuen dürfe, um der Insurrektion ein Ende zu machen und die Insel zu pacifizieren; vor Allem aber sei es dringend geboten, den Bewohnern Kuba's alle diejenigen Freiheiten zu gewähren, welche sie von der Revolution erwarten zu dürfen glauben. Unverzüglich müsse die Regierung alle irgendwie zulässigen Reformen in den überseeischen Besitzungen einführen und namentlich sei daselbst die Slavenfrage zur Lösung zu bringen.

— Eine Verordnung des Finanzministers Figuerola ernnt eine Kommission, welche eine Abrechnung des schwedenden Budgets bewerkstelligen und den wahren Betrag des Defizits feststellen soll. Sie soll deshalb den, dem gesetzgebenden Körper vorzulegenden Rechnungsbericht abschaffen, und zugleich sich mit den Fragen beschäftigen, welche Ersparnisse etwa möglich wären, welche Mittel anzuwenden seien, um die Staatseinnahmen zu erhöhen, und in welchem Betrage eine neue schwedende Schuld aufzunehmen sei, damit für das nächste Finanzjahr ein Budget ohne Defizit aufgestellt werden könne.

— Ein Erlass des Kolonialministers Ayala macht bekannt, daß behufs Legung eines Kabels zwischen Cadiz und den kanarischen Inseln, resp. den Antillen der Zusatz am 1. März 1869 ertheilt werden wird. Diejenigen, welche sich bei der Bewerbung um die Konzession betheiligen wollen, haben vorläufig eine bestimmte Kautionssumme zu deponiren. Derjenige, welchem der Zusatz ertheilt wird, erhält damit ein Privilegium auf 40 Jahre.

— Der Minister des Innern, Sagasta, erklärt die Einführen aus Brasilien und den La Plata-Staaten für quarantainefrei.

— Für die Anleihe sind bis jetzt 354 Millionen Realen gezeichnet.

London, 6. Dezember. Dem "Observer" zufolge dürfte das neue Kabinett folgendermaßen zusammengefaßt werden: Gladstone Premier, Wood Lordkanzler, Kimberley Präsident des Geheimen Raths, Russel, Lord-Siegelbewahrer, Lowe Schatzkanzler, Bruce Inneres, Clarendon auswärtige Angelegenheiten, Granville Kolonien, Cardwell Krieg, Argyll, Staatssekretär für Indien, Cholers Marine, Villiers Kanzler für Lancaster, Bright Handelsamt, Götzen Präsident des Armen-Gesetzeskollegiums, Fortescue Oberschreiter für Irland. — Zum Befehl König von Irland soll Spencer, zum Generalpostmeister Grey designirt sein.

Bukarest, 5. Dezember. Der Fürst Karl hat an den Ministerpräsidenten einen Brief gerichtet, in welchem er den Ministern für die Übernahme des schweren Amtes dankt und alle Kapazitäten ermahnt, sich um ihn zu schaaren und mit ihm vereint für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.

Bukarest, 6. Dezember. Das Ministerium hat die Vorlage betrifft die Verlegung des Kassationshofes nach Jassy zurückgezogen. Die übrigen, von dem früheren Ministerium ausgearbeiteten Gesetz-Entwürfe werden von der Regierung vorbehaltlich weiterer Anerkennungen aufrechterhalten. In der Deputirtenkammer

wurden die Post-Konventionen mit Österreich und dem norddeutschen Bunde, sowie ein von der Kommission ausgearbeiteter Adress-Entwurf zur Erwidderung der Thronrede vorgelegt.

Vera, 4. Dezember. In einer Audienz am vergangenen Dienstag überreichte Gotesco dem Sultan ein Schreiben des Fürsten Karl, indem er zugleich Namens desselben, die Versicherung abgab, er sei von loyalsten Gefühlen belebt und hege keinerlei feindliche Gesinnungen oder Projekte gegen die Türkei.

— Die Pforte hat den Schutzmächten die Mittheilung gemacht, sie sei zu strengen Schritten gegen die hellenische Regierung entschlossen, falls die Unterstützung des Aufstandes in Kreta fortduern sollte.

— Die Pforte hat dem türkischen Gesandten in Athen positive Instruktionen übertragen, wahrscheinlich des Inhalts, daß er die diplomatischen Beziehungen mit Griechenland abbrechen solle. Die Pforte schick Truppen durch die Dardanellen.

Newyork, 5. Dezember. Die Prozeßverhandlung gegen Jefferson Davis schloß heute mit der Vertagung bis zum Zusammentritt des Obergerichtshofes in Richmond im Monat Mai nächsten Jahres. — Das Vorsitz hat erneuert werden. — Auf dem Ohiofluss hat ein Zusammenstoß zweier Dampfer stattgefunden. Der Dampfer "America" ist untergegangen, 100 Personen sind ertrunken.

— Das Steigen des Goldagio ist durch Gerüchte über den Tod Napoleons und über einen Aufstand in Paris verursacht.

Pommern.

Stettin, 7. Dezember. Die von uns nach der "B. C." gebrachte Notiz, daß der Bau der neuen Bahnhofsanlagen in Stettin ca. 5 Millionen Thaler Kosten verursacht habe, ist nicht zutreffend. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, war die Anlage des neuen Güter-, sowie die Erweiterung des Personenbahnhofes inkl. der eisernen Brücken und des Viaducts gleich von vornherein nur mit 2 1/2 Millionen Thaler veranschlagt und sind von dieser Summe noch 250,000 Thlr. disponibel, welche zur Vollendung der Bauten mehr als hinreichend sind.

— Das nächste Ordensfest wird am Sonntag den 23. Januar stattfinden. An die Behörden ist bereits die Aufforderung zur Einreichung der Vorschlagslisten im vorgeschriebenen Instanzzuge ergangen.

— Den in voriger Woche hier selbst stattgehabten Breschversuchen haben folgende Mitglieder der Artillerie-Prüfungs-Kommission beigewohnt. Oberst v. Niest, Präf. der Kommission, Oberst-Lieutenant Stumpff, die Majors Hartmann und Munk, die Hauptleute Trautmann und Müller.

— Sämtliche wissenschaftliche Prüfungs-Kommissionen sind von dem Unterrichtsminister benachrichtigt worden, daß, nachdem nichtpreußische Angehörige des norddeutschen Bundes unter denselben Voraussetzungen wie Einheimische zu den öffentlichen Amtern in Preußen zugelassen werden, die Zulassung nicht preußischer, aber den Bundesstaaten angehöriger Kandidaten des höheren Schulamtes zur Prüfung der Ministerial-Genesung nicht mehr bedarf. Sonst haben lebhafte Gedanken natürlich denselben Bedingungen wie die preußischen zu genügen.

— Das Königliche Ober-Tribunal hat neuerdings folgenden Rechtsgrundsatzen aufgestellt: "Ein eine Amtsbeleidigung enthaltendes Schreiben kann nicht als Notwehr im Sinne des §. 41 Strafgesetzbuch aufgefaßt werden, auch wenn sie durch eine seitens des Bekleideten ausgegangene Vorbeleidigung bedingt worden ist."

— Zur Herstellung der Freizügigkeit der Seeschiffer ist der erste entscheidende Schritt geschehen. Der Bundesstaat hat Vertreter der Küstenstaaten auf die erste Hälfte Januar nach Berlin berufen, um gemeinschaftlich die Bedingungen zur Führung von Seeschiffen, insbesondere das dazu nötig erachtete Prüfungswezen festzustellen.

— Auf die für das Jahr 1868 festzuhaltende Dividende der preußischen Bankantheilscheine wird vom 10. d. Ms. ab die zweite halbjährige Zahlung von 2 1/4 Prozent oder "22 Thlr. 15 Sgr." für den Dividendenchein Nr. 44 auf der Hauptbank-Kasse zu Berlin, auch bei dem hiesigen Provinzial-Bankamt sowie bei den Bankkommanditen zu Görlitz, Stralsund und Stolp erfolgen.

— Das Allgemeine Kriegs-Departement hat die Abhaltung regelmäßiger Lehrfeste, auf eine 3- bis 6-wöchentliche Dauer, in der Lehmschmiede der Militär-Rosarzt-Schule zu Berlin anberaumt, um den Beschlagschmieden der Kavallerie- und Artillerie-Truppenteile Gelegenheit zu bieten, sich mit dem bei der Armee eingeführten englischen Hufbeschläge vollkommen vertraut machen zu können.

Stargard, 7. Dezember. In der am 5. d. Ms. abgehaltenen Kreistags-Sitzung ist ein definitiver Beschuß in Bezug auf die Chaussee-Bauprojekte nicht gefaßt. Bevor der Kreistag sich für die eine oder andere Linie von Tretewalde nach Nörenberg entscheiden will, soll die über Linchen zu führende Linie vermessen werden.

— **Demmin**, 5. Dezember. Vor wenigen Tagen wurde von hier von dem Sturz eines Unteroffiziers aus der Bodenlinie der 3 Etagen hohen Kasernen berichtet, welcher sehr glücklich verließ, dann der Unglücksfall ist heute schon wieder vollständig auf den Beinen. Gestern in der Abendstunde ereignete sich nun abermals ein ähnlicher Unglücksfall, der indessen die klagenwerthesten Folgen hatte. Ein im hohen Grade angetrunkenen Bauges, Grabow Stadt-Ohl.

Schmeidegesell, betrat ein Haus in der Rosenthaler Straße, wahrscheinlich in der Absicht zu betteln. Er taumelte die etwas steile Treppe hinauf, muß aber wohl, oben angelangt, das Gleichgewicht verloren haben, denn gleich darauf hörten die Bewohner des Hauses einen schweren Fall und überzeugten sich nun mehr, daß der Genannte herabgestürzt, auch im Falle das Treppengeländer mit herabgerissen habe. Der Unbekannte, an dem äußerlich eine Verlebung nicht wahrgenommen, verließ nun mehr schwer betäubt das Haus und kegte sich zur Herberge, wo er sich alsbald auf eine Bank niedersetzte und — ohne Todeskampf verschwand. Die Leiche wurde heute gerichtlich seziert und dabei als Todesursache eine innerliche Verlebung ermittelt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 4. Dezbr. Angelsommere Schiffe: Thor, Jürgens von Rouen, Leckernhinde, Otto von Sunderland, Emilie (SD), Wittenhagen von Rotterdam, Hermann (SD), Klock von Riga, Helene (SD), Damlos von Hamburg, Marie (SD), Wils von London, Heimath, Störer von Antwerpen, Swinemünde, Lange von Sunderland, Anna, Hansen von Bremen, Hendrika, Magdalena, Richard, Engeland; Carl, Schupp von Rendsburg.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Dezbr. Witterung: Morgens Gewitter mit starkem Regen, Mittags regnig, Temperatur + 9° R. Wind N.

Weizen loco wenig verändert, Termine fest und höher bezahlt, pr. 2125 Psd. gelber insländ. 64-66 R., feinst 66 1/2-67 R., bunter poln. 64-65 1/2 R. bez., weißer 66-68 R., ungar. 57 59 R. nominell, 83 bis 85-psd. pr. Dezember 66 1/2 R. Gd., Frühjahr 66 1/2, 1 2 R. bez. u. Gd.

Roggen wenig verändert, Termine fest und höher bezahlt, pr. 2125 Psd. gelber insländ. 52 1/2 R. bez., per Dezember 50 1/2 R. bez., 1/2 Gd., Dezbr.-Januar 50 R. Br., 49 1/2 Gd., Frühjahr 49 1/4, 1/2 R. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 49 1/2 R. bez., 50 Br.

Große matt, per 1750 Psd. loco Futter- ungar. 39 1/2-41 R., bessere 45-46 R., feine 48-49 R.

Häfer matt, pr. 1300 Psd. loco galiz. 31-32 R., ponum 33-34 R., 47-50-psd. Frühj. 33 R. Gd.

Erbse pr. 2250 Psd. Frühj. Futter- 56 1/2 R.

Rüböl wenig verändert, loco 9 1/2 R. Br., per

Dezember 9 R. bez., Dezbr.-Januar 9 1/2 R. R. Br., Januar-Februar 9 1/2 R. bez. u. Br., April-Mai 9 1/2, R. bez., Br. u. Gd., Septbr.-Oktober 9 1/2 R. bez., 9 1/2 G.

Spiritus matter, loco ohne Fäss 15 3/4, 1 1/2 R. bez., kleine Lieferung ohne Fäss 15 1/2 R. bez., mit Fäss 15 1/2, 2 1/2 R. bez., Dezbr. u. Dezember-Januar 15 1/2 R. bez. u. Gd., Januar-Februar 15 1/2 R. Br., Frühj. 15 1/2 R. bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 66 1/2, Roggen 50 1/2, Rüböl 9, Spiritus 15 1/2.

Berlin, 7. Dezember. Staatsfusilloc 81 1/2.

Staats-Anleihe 4 1/2, 9 1/2, 94. Bomm. Pfandbriefe 84 1/2.

Berlin-Schettiner Eisenbahn-Aktien 131 Medl. Eisenbahn-Aktien 72 1/2. Oberschles. Eisenbahn-Aktien 193 1/4.

Stargard-Posen Eisenbahn-Aktien 94 1/2. Obersch. National-Anleihe 54 1/2. Oesterreichische Banknoten 88 1/2. Russ. Noten 83 1/2 Amerikaner 6% 79 1/2. Hamburg 2 Mt.